



# HELMUT SCHMIDT

Vorsitzender der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages

20. MÄRZ 1967

DIE DEUTSCHE FRAGE IM NÄCHSTEN JAHRZEHNT



Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zunächst darf ich mich bei Ihnen, lieber Herr Münchmeyer, bedanken für die freundlichen Worte der Begrüßung, insbesondere aber für die Worte, die Sie über meinen Freund Fritz Erler gesprochen haben.

Als Sie, verehrter Herr Münchmeyer, vor dreiviertel Jahren – so lange ist es ungefähr her – wegen des heutigen Vortrages bei mir anfragten, haben wir zunächst verschiedene Themata in Erwägung gezogen, der Vorschlag für das schließlich gewählte Thema kam damals von mir. Und ich habe brieflich hinzugefügt, dieser Vortrag würde von einer realistischen und schonungslosen Betrachtung der Situation auszugehen haben. Das war geschrieben in einer Zeit, da zwar das Debakel der vorigen Bundesregierung schon sehr deutlich, eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokraten aber noch keineswegs vorhersehbar war. Ich habe also damals geglaubt, als Sprecher der Opposition zu diesem überaus heiklen Thema zu sprechen. Inzwischen habe ich nun durch die Mithilfe Ludwig Erhards und Erich Mendes in indirekter Weise Mitverantwortung für die Politik einer neuen Bundesregierung zu tragen. Da aber die Daten unserer äußeren Situation sich seither kaum gewandelt haben, sehe ich keinen Grund – und auch keine Möglichkeit –, heute etwas anderes zu sagen, als ich schon damals beabsichtigte.

Wenn ich eben gemeint habe, es handele sich um ein heikles Thema, so eigentlich nicht gewesen, weil sich ein Politiker daran öffentlich die Finger verbrennen könnte – die Bereitschaft dazu muß er ja mitbringen, sonst wäre er eben kein Politiker –, sondern weil man immer noch nicht sicher sein kann, daß ein bundesrepublikanisches Auditorium bereit und willens ist, die deutsche Frage ohne Emotionen vorurteilsfrei zu diskutieren. Da wir aber in Hamburg sind, so sehe ich heute abend eigentlich keine Gefahr.

Ich will zunächst über die voraussehbaren Möglichkeiten der Entwicklung der Welt und Europas im nächsten Jahrzehnt einige Bemerkungen machen, sodann einige Bemerkungen über Verständnis und Bewußtsein der Deutschen von ihrer Situation und schließlich drittens einige Möglichkeiten unserer Politik in den 70er Jahren andeuten und zu skizzieren versuchen, was nach meinem gegenwärtigen Verständnis

die Große Koalition in Bonn auf diesem Felde anpacken sollte. Ich muß Sie warnen: Alles das wird insgesamt nicht ganz kurz sein, darf auch nicht gut kurz sein, weil ich natürlich mir der Gefahr der Mißverständnisse gerade bei diesem Thema bewußt bin und sie nach Möglichkeit vermeiden möchte.

Regieren heißt vorhersehen, so sagt man. Aber Vorhersehen ist eine schwierige Sache. Es gibt heute eine ganze Vielfalt von ernst zu nehmenden wissenschaftlich-politischen Vorhersagen für die Weltsituation der 70er und der 80er Jahre. Einige mehr strategisch-politisch akzentuiert, wie etwa diejenigen der Amerikaner Herman Kahn – ich erinnere an das jetzt auch in deutscher Sprache erschienene Buch „On escalation“ – oder wie Edmund Stillman – ich denke an eine hier in Deutschland kaum bekannte Studie „Twenty-three worlds of the early seventies“, 23 verschiedene Modelle der möglichen Entwicklungen der Welt für das nächste Jahrzehnt. Oder ich erinnere an Leo Szilard, der als Physiker seine politischen Erkenntnisse über die Zukunft in eine allein schon wegen ihres Geistes und wegen ihres Witzes lesenswerte Tierfabel eingekleidet hat: „The voice of the dolphins“, die Stimme der Delphine, auch in Deutsch erschienen und überaus lesenswert, wenn man sich mit der Zukunft beschäftigen will. Andere dieser Vorhersagen sind mehr technisch-ökonomisch, soziologisch und sozial-psychologisch orientiert, wie insbesondere das von Robert Jungk herausgegebene lesenswerte Sammelbuch „Unsere Welt 1985“.

Auf ein Beispiel, das viele von Ihnen kennen werden, will ich auch hinweisen, nämlich auf die allerdings sehr einseitig mathematische Analyse – sie besteht im wesentlichen daraus, statistische Erfahrungstatsachen über Gebühr weit in die Zukunft hinein zu extrapolieren –, von Wilhelm Fuchs „Formeln zur Macht“. Fuchs glaubt, daß China schon in den 70er Jahren die Sowjetunion machtmäßig überholen, 1980 die Vereinigten Staaten von Amerika überholen wird, und daß China 1990 mehr Macht besitzen und ausüben kann als die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten und Europa zusammengenommen. Soviel ich sehen kann, stecken Gott sei Dank in dem ökonomischen Denksatz dieses exakten Naturwissenschaftlers so exakte Mängel, daß man zwar seine Rechenmethode als beispielgebend ansehen muß, seine futurologischen Ergebnisse jedoch nicht ganz ernst zu nehmen braucht. Wenn es anders wäre, wenn tatsächlich ein so schneller Aufstieg Chinas nicht nur zur dritten Supermacht, sondern zur beherrschenden Supermacht in Rechnung zu stellen wäre, so hätten allerdings unsere Überlegungen zur Deutschlandpolitik, die zwangsläufig auf ähnliche Zeiträume anzulegen sind, kaum einen irgendwie kalkulierbaren Boden. Ich will statt dessen den Blick noch auf zwei andere deutsche Zukunftsanalysen lenken. Da ist zunächst der Kieler Völkerrechtler Eberhard Menzel mit einem etwa anderthalb Jahre alten Vortrag „Deutschland und die Weltpolitik 1985“; und nur des Beispiels willen will ich aus seinem Vortrag den Schlußabschnitt hier vorlesen, damit man einmal sieht, wie im Ergebnis eine solche Analyse aussehen kann, als eine von vielen, die es sonst noch gibt.

Menzel sagt am Schluß seiner Studie als Ergebnis:

„In den kommenden 20 Jahren wird die Welt ihr Gesicht erheblich verändern, von der bipolaren zur polyzentrischen Machtverteilung, vom militärischen zum ökonomischen Maßstab der Macht, von der gegenwärtigen individualstaatlichen Struktur der Vereinten Nationen zur regionalisierten Struktur und von der NATO zum dreigliedrigen westlichen Verteidigungssystem. Die Kernwaffen werden in ihrer Bedeutung durch die biologischen und chemischen Waffen eingeschränkt werden. Mitteleuropa und nicht nur die beiden Teile Deutschlands stehen im Schutze eines Sicherheitssystems, das beim Konfliktsfall besondere Kontrollmaßnahmen vorsieht. Die europäische Integration wird nach einer Zwangspause auf neuen Wegen Fortschritte machen, wobei der Widerstand Frankreichs zu einer vielleicht nur vorübergehenden Aufgabe der supranationalen Rechtsetzung zugunsten eines den nordischen Ländern abgesehenen Systems der parallelen Gesetzgebung zwingt. In der Apres-de-Gaulle-Zeit wird nicht Frankreich, sondern die deutsche Frage als Hemmnis für die Integration empfunden werden. Die Bundesrepublik wird in einen Strudel außenpolitischer Krisen geraten, mit den Vereinigten Staaten, mit Frankreich. Die Berlin-Krise kann an den Rand eines militärischen Großkonfliktes führen. Die Versäumnisse der Stagnationsperiode werden zu innerpolitischen Stauungen in der Bundesrepublik führen, die vorübergehend

ein autoritäres System herbeiführen. Doch ein neues Regime wird das Vertrauen der internationalen Öffentlichkeit wiedergewinnen. Verträge über die politische Neuordnung Europas an Stelle eines angedrohten einseitigen Friedensvertrages bringen dann die Lösung in der Wiedervereinigungsfrage durch eine Abstimmung in zehn Jahren. Der Ausgang dieser Volksabstimmung ist noch ungewiß. Aber die Entscheidung in diesem oder in jenem Sinne gibt dann den Weg zur Fortführung der europäischen Integration frei."

Ich muß hier einfügen, daß aus der Gesamtanalyse Menzels hervorgeht, daß er sich vorstellt, daß etwa um das Jahr 1980 herum ein Übereinkommen zustande käme, zehn Jahre später eine Volksabstimmung vorzunehmen.

Es mag manches so kommen, wie es bei Menzel steht; manches mag unwahrscheinlich klingen. Ich will mich hier im Augenblick zunächst mit einer von mir stammenden Fußnote begnügen: Wenn Menzel in seiner Studie die Gefahr eines autoritären Regimes in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur für eine Möglichkeit, sondern sogar für eine Wahrscheinlichkeit hält, so darf man das wohl nicht einfach als deutschen Flagellantismus abtun wollen. Es ist leider so, daß auch viele ernst zu nehmende Analytiker draußen in anderen Staaten, in der übrigen Welt, die sich mit der zukünftigen Weltentwicklung beschäftigen, ähnliche Möglichkeiten in ihre Rechnung, in ihre Denkmodelle einbeziehen. Wir tun gut, das zur Kenntnis zu nehmen. Zum Beispiel kommen in den 23 Modellen Edmund Stillmans vom Hudson-Institut mindestens drei Modelle vor, in denen ein aggressives Deutschland eine kennzeichnende Rolle spielt, und in anderen ist darüber hinaus die Demokratie in Deutschland gefährdet. – Ende der Fußnote.

### **Europa im nächsten Jahrzehnt**

Nun lassen Sie mich bitte zu meinen eigenen Bemerkungen über die zu erwartende europäische Lage vor dem Hintergrund der zu erwartenden weltpolitischen Situation kommen. Ich knüpfe dabei an Carl Friedrich von Weizsäckers Terminologie an, wie er sie in seinem Aufsatz „Horizont der Zukunft“ verwendet, ein Aufsatz, der politisch-futurologischen Aspekt verbindet mit dem Versuch, zyklische Gesetzmäßigkeiten der internationalen Entwicklung aufzuspüren. Weizsäcker glaubt, daß erstens antagonistische, also gegnerische Bipolarität, zweitens Multipolarität oder Polyzentrismus, wie man auch sagt, und drittens kooperative, auf Zusammenarbeit angelegte Bipolarität sich in einem Regelzyklus gegenseitig nacheinander hervorbringen müssen. Er hält für wahrscheinlich, daß die 70er Jahre in Europa beherrscht sein werden durch eine kooperative, auf Zusammenarbeit angelegte Bipolarität zwischen Moskau und Washington.

Ich glaube persönlich, daß Weizsäcker bei diesem Denkmodell die Rolle Chinas genauso unterschätzt, wie sie von Wilhelm Fuchs überschätzt worden ist. Ich glaube, daß für die Politik der beiden bisherigen Supermächte entscheidend sein wird, wie sie die zukünftige Rolle der dritten Supermacht, nämlich Chinas, einschätzen und in welchen Zeiträumen sie, die beiden bisherigen Weltmächte, mit der Realisierung einer Triangularität an Stelle der bisherigen Bipolarität rechnen. Mir scheint, daß einstweilen jedenfalls Washington dabei in kürzeren Zeiträumen rechnet als Moskau, schneller und eher dem neuen Gegner begegnen zu müssen glaubt als Moskau. Infolgedessen ist auch das amerikanische strategische Interesse und Potential in schnellerer Umorientierung auf Peking und auf Asien begriffen als dasjenige Moskaus. Infolgedessen schreitet der Verlust an innerer Kohärenz im amerikanischen Bündnissystem in Europa schneller fort als innerhalb des sowjetischen Bündnissystems in Europa. Wenn allerdings die Wirrnis der innerpolitischen Auseinandersetzung in China, so meine ich – die Kulturrevolution Maos oder ähnliches –, andauern sollten, so werden diese Wirrnis die ökonomische und die außenpolitische Expansion Chinas stark abbremsen. Im übrigen – auch das soll man bei aller Propaganda der Chinesen nicht übersehen – ist die chinesische Außenpolitik tatsächlich sehr vorsichtig gewesen in den letzten zehn Jahren.

Eine Prognose für die 70er Jahre hier in Europa kann nur dann eine einigermaßen kalkulierbare Basis haben, wenn sie davon ausgeht – und ich lasse offen, ob man das wirklich so setzen darf –, daß China wenigstens so weit bei einer relativ

vorsichtigen Außenpolitik bleibt und daß nicht eine der bisherigen beiden Weltmächte in Asien in einen direkten militärischen Konflikt mit der neuen, dritten Macht gerät, ein Konflikt, der der anderen alten Weltmacht natürlich für Europa freie Hand gewähren würde.

Es scheint mir allerdings gerechtfertigt, für die beide alten Weltmächte in jedem Fall eine zunehmende Orientierung auf die asiatischen Schauplätze anzunehmen. Das bedeutet erstens, daß beide noch stärker als bisher dazu neigen könnten, sich in Europa den Rücken von Konflikten freizuhalten. Das heißt, daß sie in Europa noch stärker als bisher eine Politik der Erhaltung des gegenwärtigen Zustands, des Status quo betreiben würden. Und es bedeutet zweitens, daß die europäischen Verbündeten der beiden alten Weltmächte noch stärker als bisher wegen dieses zusätzlichen, dieses additiven Faktors Handlungsspielraum gewinnen werden gegenüber ihren im wesentlichen verharrenden Bündnis- vormächten, Moskau und Washington. Im übrigen würde ja – das sage ich nur in Klammern – jeder Konflikt einer der beiden alten Weltmächte mit China deren europäische Verbündete relativ frühzeitig insofern jedenfalls zur Neutralität und damit zu schnellen Erosion ihrer Bündnisbindungen zuneigen lassen.

Natürlich gibt es und wird es auch fernerhin in Europa Bipolarität geben; ich meine: Gleichzeitig gegnerische antagonistische Bipolarität mit kooperativer, auf Zusammenarbeit angelegter Bipolarität. Das Non-Proliferation-Treaty-Projekt gehört in die Kategorie der kooperativen Bipolarität zwischen Moskau und Washington. Jede Berlin-Krise gehört in die Kategorie der antagonistischen Bipolarität.

Mir scheint, daß das kennzeichnende Merkmal der Situation Europas in der Gegenwart und für die überschaubare Zukunft weniger die Bipolarität der beiden hier wirkenden halbeuropäischen Weltmächte ist, als vielmehr die Tatsache ihres Gleichgewichts zueinander in Europa, die Tatsache, daß sie sich gegenseitig im Gleichgewicht halten, die Tatsache, daß sie sich gegenseitig im Gleichgewicht halten wollen, und ihre Status-quo-Politik, die sich aus diesem Willen ergibt.

Das Bewußtsein von der Stabilität dieses Gleichgewichts, das Wissen darum, daß keine der beiden Vormächte einen ernsthaften Konflikt in Europa riskieren will, hat seit der Berlin-Krise von 1961, genauer gesagt, seit der Kuba-Krise von 1962, den Spielraum der europäischen Staaten schnell wachsen lassen. Er ist den meisten Regierungen und den öffentlichen Meinungen der meisten Staaten zunächst nicht sehr bewußt gewesen. Inzwischen hat ein vielleicht den Tatsachen etwas vorauselendes Gefühl der Sicherheit vor einem Kriege von Paris bis Kopenhagen, von Belgrad bis Bukarest ein noch Ende der 50er Jahre kaum vorstellbares Manövriertfeld für die europäischen Staaten herbeigeführt. Zwar wissen alle Beteiligten oder doch fast alle Beteiligten, daß sie ihre Allianzbindungen nicht einseitig aufheben dürfen, wenn sie nicht jenes Gleichgewicht gefährden wollen, dem sie ihre relative Autonomie verdanken; trotzdem haben einige europäische Staaten diesen Spielraum sehr weitgehend genutzt, um eine unabhängigeren Position zu gewinnen. Dabei spielt natürlich die jeweilige geographische Lage des Staates eine entscheidende Rolle. Je weiter ein Land vom mitteleuropäischen Spannungszentrum entfernt ist, um so eher benutzt es seinen Spielraum. So schon vor Jahrzehnten Jugoslawien, so Frankreich, so Rumänien.

Mit anderen Worten: Die beiden semi-europäischen Weltmächte werden, so denke ich, in den 70er Jahren, gerade wenn sie ihr bipolares Gleichgewicht zueinander in Europa halten, und um so stärker, je mehr sie kooperativ zueinander sich verhalten – und das heißt ja tendenziell: auf Kosten der Kleineren sich verhalten –, um so mehr werden die beiden Großmächte in Europa von ihrer Kommandostellung gegenüber den mittleren und kleineren Staaten Europas Erhebliches einbüßen. Es wird eine weitere Lockerung der Blockeinheitlichkeit der Außenpolitik der europäischen Staaten eintreten, auch in Osteuropa. Die in den letzten Tagen abgeschlossenen bilateralen Bündnisse zwischen Prag, Warschau und Ostberlin bleiben, wie ich denke, Episode, jedenfalls insoweit, als Ostberlin zur Zeit sich davon eine Befestigung der Blockeinheitlichkeit versprechen zu dürfen glaubt.

Wir haben in den 50er Jahren in Westeuropa eine starke Bewegung zu supranationalen Lösungen hin gehabt. Inzwischen sind diese Wünsche und diese Hoffnungen erheblich reduziert worden. Ich denke, man muß heute von einem Prozeß der

Renationalisierung Europas sprechen. Diese Entwicklung ist in Westeuropa nicht allein von de Gaulle, aber am sichtbarsten von ihm beschleunigt worden. Die west-europäische Integration ist seit Jahren, ich will vielleicht nicht sagen, auf dem Rückzug; man aber wird doch sagen müssen, daß sie seit Jahren stationär verharrt. Und der auf jeden Fall wünschenswerte Beitritt Englands zur EWG wird, so denke ich, keinen neuen supranationalen Europäismus, keine supranationale Begeisterung in Europa auslösen.

Was Osteuropa angeht, dort gründet sich der Prozeß der Renationalisierung verständlicherweise auf antideutsche Akzente, unausgesprochenerweise übrigens auch auf antirussische und antisowjetische Akzente. Insgesamt ist auch in den Völkern und in den Regierungen und in den Führungsquartieren der kommunistischen Parteien Osteuropas das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu Europa als Ganzem, als Wenseinheit, wieder im Wachsen. Dabei sind die Völker bisweilen weiter in diesem Prozeß als die Regierungen oder die kommunistischen Parteiführungen. Immerhin, diese Art von geläutertem Nationalismus – wenn er geläutert ist – läßt es schon in einigen osteuropäischen Staaten den dortigen kommunistischen Parteien nicht mehr möglich erscheinen, einfach nur groben Haß zu predigen gegenüber anderen europäischen Staaten.

Wir Deutschen haben – wir nicht nur allein, sondern die europäischen Föderalisten schlechthin – de Gaulle sehr getadelt dafür, daß er den weiteren Ausbau der supranationalen Struktur der Sechsergemeinschaft behindert und sich dagegen gestemmt hat, von der wir uns Attraktionskraft in Richtung Osteuropa versprochen hatten. Ich glaube, man sollte heute erkennen, daß supranationale Gruppierungen, supranationale Organisationen auf die osteuropäischen Staaten kaum Anziehungskraft ausüben können. Da haben wir uns, glaube ich, getäuscht. Im Gegenteil: Ich meine, die Regierungen und Völker dort wollen gerade nicht den neu gewonnenen nationalen Handlungsspielraum sogleich wieder an supranationale Behörden abtreten. Sie scheinen mir vielmehr dazu zu tendieren, daß sie einen historischen Nachholebedarf an Nationalstaatlichkeit befriedigen. Das gilt für Polen und die CSSR zum Beispiel gleicherweise. Und wer etwa Manescus Equipe anlässlich ihres Besuchs in Bonn vor vier Wochen hat sprechen hören über die Latinität des rumänischen Volkes im Gegensatz zum Slawentum, der hat psychologisch ein Licht aufgesteckt bekommen. Ich bekenne für mich, daß es mir so gegangen ist.

Europa hat in den 70er Jahren durchaus die Chance, seinen heute nur noch geografischen Inbegriff wieder mit politischer Identität anzufüllen. Wenn dies aber geschieht, so wird dieser neue Begriffsinhalt, ob es uns gefällt oder ob es uns höchst mißfällt, so wird dieser neue Inbegriff eines politischen Europas bedeuten, daß es ein Europa der Vaterländer oder der Nationen sein wird, um dieses Schlagwort de Gaulles aufzugreifen. Ich glaube, daß de Gaulle in diesem Punkte bestätigt werden wird, oder aber es wird eben auf absehbare Zukunft Europa überhaupt keine politische Identität gewinnen. Wenn ich hier von Europa spreche, meine ich immer das ganze Europa und beteilige mich nicht etwa an der Übung, die wir uns einige Jahre lang angewöhnt hatten, von Europa sprechend nur Westeuropa zu meinen.

Natürlich will ich mit der Benutzung dieses de-Gaulle'schen Schlagwortes, das ich zur Kennzeichnung der Situation, nicht zur Kennzeichnung eigener Wunschvorstellungen benutze, nicht vergessen machen, daß die Nationalstaaten Europas auch in den 70er Jahren militärischer Bündnis und Beistandssysteme bedürfen werden, daß sie ökonomischer Kooperations- und Integrationsmechanismen bedürfen werden, die in Kategorien weit oberhalb des Goldwährungsmechanismus etwa von 1913 liegen, daß sie gesellschaftsstrukturell und gesellschaftspolitisch, gesellschaftsphilosophisch, stärker voneinander unterschieden sein werden, als etwa 1913 Serbien von Norwegen unterschieden war. Und ich übersehe keineswegs, daß die Bindungen der demokratischen Staaten untereinander stark sind und daß die Bindungen der kommunistischen Staaten untereinander noch stärker sind und sein werden. Gleichwohl können sie die geschichtlichen, politischen, kulturellen und ökonomischen Bindungen unter den alten europäischen Nationen, die in Europa jetzt überall wieder spürbar werden, nicht verdrängen.

Man sollte nur einmal die Bukarester Deklaration der Warschauer Paktstaaten vom letzten Sommer lesen. Ein höchst vielschichtiges Dokument. Mir erscheint es immer wie ein Beispiel einer schlechten Resolution eines sozialdemokratischen Parteitages aus uralten Zeiten. Man erkennt deutlich, was darin der ursprüngliche Entwurf des Vorstands gewesen ist – in dem Falle Moskau – man erkennt die Spuren verwässernder Zusatzanträge, die nicht ganz zum Zuge gekommen sind; man erkennt die radikalen Verschärfungsanträge, sagen wir, aus Hessen-Süd, die auf dem Kongreß eine Rolle gespielt haben, aber auch nicht ganz zum Tragen kamen. Man spürt schließlich den Willen des Redaktionskomitees zu einheitlicher Sprache und spürt doch unübersehbar die Vielfalt und die Divergenz der politischen Anschauungen, die sich nach außen hin auf eine gemeinsame Plattform geeinigt haben. Eines der faszinierendsten Dokumente für die Nachkriegsentwicklung, für den gegenwärtigen Zustand der Nachkriegssituation Europas und, wie ich meine, eines der faszinierendsten Zeugnisse für die zu erwartende weitere Entwicklung in Osteuropa.

Lassen Sie mich zu meinem zweiten Abschnitt kommen. Ich möchte etwas sagen zur Lage unseres Volkes in dem eben so gezogenen Rahmen und darüber, wie wir gemeinsam unsere eigene Situation verstehen. In fast allen anderen Staaten Europas besteht an der Wiederherstellung der deutschen Einheit primär kaum irgendein Interesse. Es ist nützlich, sich darüber im klaren zu sein. Das wird auch in Zukunft so bleiben. Im Gegenteil, die Voraussicht, es etwa im Jahre 1975 im Zentrum Europas mit 75 Millionen Deutschen zu tun zu haben oder im Jahre 1980 mit 80 Millionen Deutschen, ist für viele Nachbarn allein schon eine Vorstufe zu etwas, was man Alpdruck nennen könnte.

Vielleicht darf ich drei oder vier Beispiele herausgreifen, was die Haltung unserer Nachbarn zur deutschen Frage angeht. Und ich bitte herzlich, daß niemand aus den Völkern, über die ich hier sprechen will, sich etwa angegriffen fühlt; alles wird mit dem Versuch zu der Objektivität gesagt, die mir möglich ist. Lassen Sie mich als ein Beispiel zunächst unsere norddeutschen Nachbarn, die Holländer, herausgreifen. Ich rede jetzt nicht von dem, was Regierungen offiziell erklären, sondern von dem, was sie wirklich denken. Ich habe einen Einblick, einige Einblicksmöglichkeiten gehabt im Laufe der letzten zehn, zwanzig Jahre in das, was Regierungspersonen wirklich denken. Die Holländer sagen, sie sind bereit, die deutsche Wiedervereinigung zu akzeptieren. Aber sie sagen ebenso sehr deutlich: Nur unter der Bedingung, daß dann ganz Deutschland in ein supranationales vereinigtes Europa integriert sein würde. Das ist natürlich eine Lösung der deutschen Frage, die wir gern akzeptieren könnten; aber es ist zugleich eine Art der Lösung der deutschen Frage, die das unwahrscheinlichste von dem darstellt, was uns gelingen könnte.

Oder nehmen Sie ein anderes Beispiel; blicken wir auf die Polen. Die Polen sind strikte Gegner, mit Ausnahmen, aber im allgemeinen strikte Gegner einer Wiedervereinigung der Deutschen, weil sie, einstweilen, sehr viel Angst vor einem so mächtigen Deutschen Staat an ihrer Westgrenze haben. Gomulka, der Chef dieses Staates, betrachtet in vollem Ernst die sogenannte DDR als eine unverzichtbare Bastion im Vorfeld Polens – in vollem Ernst – gegen den revanchistischen Westen Deutschlands. Deshalb seine immer wiederholte Verbrüderung mit Herrn Ulbricht, die ihm schwer genug fällt und die im übrigen im polnischen Volk keineswegs populär ist.

Nehmen wir ein drittes Beispiel, die Sowjetunion. Für sie ist die Durchsetzung, die Perpetuierung der Existenz eines zweiten, eines kommunistischen deutschen Staates keineswegs bloß eine Sache des kommunistischen Prestiges, sondern ebenso hat sie in Verbindung mit den dort stationierten sowjetischen Truppen fundamentale Bedeutung für die Aufrechterhaltung der sowjetischen Machtklammern über Osteuropa. Und daneben spielt auch in der Sowjetunion echte Furcht vor Deutschland sogar noch eine Rolle, obgleich es den meisten Deutschen schwer fallen mag, dies zu glauben.

Nehmen wir als nächstes Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Haltung der Vereinigten Staaten zur Deutschlandfrage ist, was ihre öffentliche Artikulation angeht, überaus klar. Man ist für die Wiedervereinigung Deutschlands. Man betont auch die Vorläufigkeit der Potsdamer Oder-Neiße-Linie. Aber man möchte doch im Grunde den Status Europas nicht gefährden. Man wird gewiß aus eigenem Antrieb

keine ernsthafte Initiative zur deutschen Frage in Gang setzen, wobei man in Washington dazu die durchaus zutreffende Entschuldigung hat, Bonn selbst habe in den letzten fünfzehn Jahren jeden ernsthaften Versuch, die mitteleuropäische Situation in Bewegung zu bringen, mit Entschlossenheit behindert. Die USA haben zur Zeit gewiß kein Konzept einer Deutschlandpolitik. Dies ist, wie mir scheint, seit dem Scheitern der Kennedyschen Visionen die zwangsläufige Folge des Fehlens einer Konzeption für Amerikas Europapolitik überhaupt.

Hinsichtlich der deutschen Frage scheint die Zielvorstellung Frankreichs am klargestellten. De Gaulle und viele Franzosen halten die Wiedervereinigung der Deutschen zwar sicherlich nicht für das wichtigste Problem Europas. Aber wenn Europa als Ganzes wieder zusammenwüchse, so sagt man in Paris, so würde es genug Kraft, genug Gewichte gewinnen, um auch das große Gewicht eines wiedervereinigten Deutschlands in seinem Zentrum ausbalancieren zu können. Und Frankreich fügt dann sehr klar hinzu, natürlich setze dies allerdings einen Verzicht auf jedwede Grundrevision voraus und auf jedwede nukleare militärische Qualität. – Eine Fußnote hierzu: Niemand soll sich – das gilt für die deutschen Sekundär-Gautlisten insbesondere – dem Wunschtraum hingeben, daß, weil Frankreich den Non-Profilierungs-Vertrag nicht unterschreiben wird, es auch der Bundesrepublik Deutschland zuraten würde, ihn nicht zu unterschreiben. Ganz im Gegenteil, meine Damen und Herren.

Insgesamt, lassen sie mich auf weitere Beispiele verzichten, ist das Interesse der europäischen Staaten an der deutschen Frage eher ein negatives, ein besorgtes Interesse. Alle fürchten mehr oder minder, daß von der Ungelöstheit der deutschen Frage die ruhige Entwicklung des alten Kontinents gefährdet werden könnte. Selbst wenn aber in Frieden und Übereinstimmung eine Lösung der deutschen Frage möglich wäre, so fürchten sie für diesen Fall, daß sie später gefährlich werden könnte, wegen der potentiellen demographischen und ökonomischen Kraft, wegen der potentiellen politischen und militärischen Macht des vereinigten Deutschlands, wegen der potentiellen Bündnisfreiheit, das heißt Blockungebundenheit des 80-Millionen-Staates.

Aus allen diesen Gründen wird sich im Europa der 70er Jahre in Ost und in West die Tendenz, nach Möglichkeit an der deutschen Sache nicht zu rühren, eher noch verstärken, wenn wir Deutschen selbst bei unserem sterilen Legalismus der 50er Jahre und der ersten Hälfte der 60er verharren und wenn wir auf wirklich agierende Deutschlandpolitik weiterhin verzichten sollten. Oder anders gesagt: Die natürliche, aus der jeweils eigenen Interessenlage sich ergebende Tendenz der anderen europäischen Staaten läuft darauf hinaus, die europäische Entspannung, die Wiederherstellung eines Geflechts normaler Beziehungen in ganz Europa um die deutsche Frage herum, unter Ausklammerung Deutschlands, zu vollziehen. Offensichtlich kommt es bei einer solchen Situation, bei einer solchen Vorhersage, vor allem auf die Deutschen selbst an.

### **Das deutsche Bewußtsein der eigenen Situation**

Wenden wir zunächst unseren Blick auf Ostberlin und auf die sogenannte DDR. Das Regime dort ist separatistisch. Es wäre wohl an einer Wiedervereinigung zu kommunistischen Bedingungen interessiert, weiß aber, daß Moskau daran nicht interessiert sein kann, weil Moskau davon ausgeht, einen so großen kommunistischen Staat an seiner Westflanke einstweilen nicht absorbieren und in sein System integrieren zu können. Das Ostberliner Regime bemüht sich in diesem Jahr zum ersten Male, so etwas wie ein nationales Bewußtsein der DDR zu propagieren. Legalistisch aufgezäumt wird dies Bemühen zum Beispiel durch die Verkündung eines Gesetzes über die DDR-Staatsbürgerschaft. Die halsbrecherischen Formulierungen im „Neuen Deutschland“ verraten allerdings, daß es einstweilen noch sehr schwer fällt, den Menschen, die in jenem Staatsgebilde leben, ein eigenes DDR-Nationalgefühl nahezubringen.

Das heißt nicht, daß die Beobachtungen westlicher Journalisten drüben in den letzten Jahren, die ein Gefühl der Zusammengehörigkeit gegenüber der Außenwelt innerhalb der sogenannten DDR festgestellt haben, unbegründet wären. Wahrscheinlich ist, daß die Menschen im anderen Teil Deutschlands sich zu einem erheblichen Teil mehr und mehr als eine Art Schicksalsgemeinschaft fühlen, daß sie sich

durch die gemeinsam erlittene Not zwar nicht mit dem Regime, wohl aber durchaus miteinander und untereinander identifizieren. Dazu kommt dann der Stolz auf die eigene technische oder wirtschaftliche Leistung, die erreicht wurde trotz ungenügender Voraussetzungen, trotz riesiger Reparationsleistungen und anderer Behinderungen. Das Regime fördert sorgsam diesen Stolz auf mancherlei Gebiet, auf kulturellem Gebiet, auf dem Gebiete der Bildung, des internationalen Sports.

Insgesamt glaube ich, daß die Tatsachen in der sogenannten DDR nicht eine sehr simple, sondern eine sehr differenzierte Sprache, ein sehr differenziertes Bild ergeben. Immer noch ist auf der einen Seite die Herrschaft der Machtelite der SED auf Gewalt gegründet und keineswegs auf consensus der Mehrheit der Bürger. Gleichwohl aber haben Generationswechsel, zwanzig Jahre der geistigen und sozialen Abschnürung, der einseitigen Information und Propaganda nachhaltige Änderungen in der psychologischen Struktur zwangsläufig herbeigeführt. Die Abschnürung von der Außenwelt hat viele dazu gebracht, sich in den bestehenden Verhältnissen einzurichten; denn schließlich: Auch in Chemnitz besteht das Leben vornehmlich aus Arbeit, aus Freizeit, aus Freude am Leben, aus Sorge um die Familie, aus Angst vor Krankheit, Angst vor dem Tod; auch in Chemnitz besteht es vornehmlich aus dem sehr kleinen privaten Bereich, den man weitgehend selbst noch gestalten kann. Und der sehr große öffentliche, politische, gesellschaftliche, staatliche Bereich wölbt sich ganz weit weg, hoch oben darüber. Es gibt drüben eine große Mehrheit von Nichtkommunisten; aber es gibt nur eine kleine Minderheit militanter Antikommunisten.

Zwischen diesen beiden Gruppen und der alten kommunistischen Garde steht eine wachsende Schicht relativ junger, erfolgreicher und daher selbstbewußter Manager und Funktionäre in Wirtschaft, Staat, in der Partei, in den Massenorganisationen, eine Schicht, die die Ulbricht-Generation schrittweise weitgehend schon abgelöst hat. Für diese Leute sind Kämpfe zwischen den Sozialdemokraten und der KPD in der Weimarer Zeit, sind Hitler und das Naziregime, ist stellenweise sogar der zweite Weltkrieg nur noch historisches Wissen, das man nicht selbst erlebt und nicht selbst erfahren hat. Insofern gelten für diese jungen Leute, die heute führende Positionen schon einnehmen drüben, gleiche Voraussetzungen wie für die jungen Leute – ich sollte besser sagen: Für die mittlere Generation – bei uns in der Bundesrepublik Deutschland. Aber für die mittlere Generation auf beiden Seiten ist doch die Erlebniswelt des einzelnen eine völlig verschiedene, seit zwanzig Jahren eine völlig verschiedene. Trotz dieser Verschiedenheiten gibt es aber auch tragende Übereinstimmungen. In beiden Teilen, so scheint mir, besteht eine Skepsis gegenüber der ideologischen Phrase. In beiden Teilen besteht eine sich deutlich von der älteren Generation abhebende Bereitschaft zur wahrhaftigen Einschätzung der vorgefundenen Wirklichkeit, die Bereitschaft, die Tatsachen realistisch zu erkennen. Und so wie bei uns eine neue Generation mit Nüchternheit prüft, ob denn alles richtig sei, was in Amerika geschieht und was von dort aus vorgeschlagen wird, so gibt es ebenso in der sogenannten DDR eine neue Generation, die mit großer Nüchternheit kritisch durchleuchtet, was von Moskau kommt und was von Moskau vorgeschlagen wird.

Mir scheint, daß die jungen Funktionäre und Manager, von denen ich spreche, aber nicht nur sie, sondern die junge Generation schlechthin, in der Zone bei allem ein nationales Selbstbewußtsein besitzt, das die ganze deutsche Nation meint. Den Willen zur Wiedervereinigung des Volkes zu töten, ist der SED einstweilen keineswegs gelungen, wenngleich dieser Wille bei einem Teil der älteren Generation drüben zwangsläufig in einem mehr latenten Zustand übergegangen ist. Trotzdem ist der Wille zur Wiedervereinigung drüben insgesamt doch so stark, daß Ulbricht immer wieder zur Auseinandersetzung mit diesem Willen gezwungen ist, immer wieder auch gezwungen ist, verbale Zugeständnisse an diesen Willen zu machen. Sein seit sieben oder acht Jahren wieder und wieder paraphratisierter Konföderationsgedanke ist einer der Belege für meine These.

Was nun die Situation in der Bundesrepublik angeht, so ist der Wiedervereinigungswille, der in den 50er Jahren so manchen ausländischen Journalisten und Beobachtern am Erlöschen, am Erlahmen schien, inzwischen in der jüngeren Generation doch wieder sehr viel stärker als damals, wenngleich diese junge Generation sich sehr nüchtern, sehr unpathetisch gibt. Die Erwartung, die manche gehegt

haben, daß der Wiedervereinigungswille unseres Volkes mit der wirtschaftlichen und sozialen Saturierung schrumpfen würde, schlägt offensichtlich fehl. Zwar haben viele bei uns das Vakuum, das von dem gegen Ende des Krieges anscheinend ausgelöschen Nationalbewußtsein ausging, zunächst durch die schöne und mitreißende Idee eines politisch vereinigten Europas gefüllt. Aber diese Europa-Begeisterung, die übrigens in ihrem westdeutschen Ausmaß in kaum einem Nachbarland geteilt worden war, macht nun inzwischen einer teils enttäuschten, teils doch jedenfalls realistischen Einschätzung der wahrscheinlichen Entwicklung der westeuropäischen Integration Platz.

Mir scheint, daß diese Tatsachen – und das wird sich in den kommenden Jahren noch verstärken das Bewußtsein der jüngeren Schichten in unserem Volk auf die ungeklärte nationale deutsche Frage zurückwerfen wird. Sie rückt damit wieder in das Zentrum der politischen Überlegungen und Gefühle. An manchem 17. Juni der letzten Jahre hat zwar mancher junge Mann, der in Feiern und Kundgebungen den Reden zuhörte, das Gefühl gehabt: Na ja, das ist wieder eine von diesen Pflichtübungen, die man absolvieren muß! Jedoch wird das politische Engagement für die Wiedervereinigung inzwischen vielen Menschen in diesem Land immer stärker zu einer Sache des Grundsatzes, nicht der Feierlichkeit, zu einer Sache der von unten gewollten Zielsetzung, gleichzeitig allerdings eben auch – siehe die Feiern am 17. Juni – zu einer Sache der Unzufriedenheit mit dem, was tatsächlich auf diesem Felde geschieht. Diese wachsende Unzufriedenheit ist, wie mir scheint, eine Folge des Generationswechsels.

Die neue Generation kennt alles das, was zur Spaltung Deutschlands geführt hat, weitgehend nur als geschichtliche Fakten, nicht aus persönlicher Erfahrung. Sie hat weder die Unrechtsherrschaft Hitlers noch die brutale Vertreibung aus dem Osten noch die Vergewaltigungen bewußt miterlebt. Für sie gilt allerdings auch, daß sie abnehmende direkte Beziehungen hat zu den Menschen drüber. Heute vor drei Jahren hatten noch 28 Prozent der bundesrepublikanischen Bürger verwandtschaftliche Beziehungen zu den Bürgern in dem anderen Teil; jetzt sind es nur noch 26 Prozent. Das gleiche gilt für die direkten Postkontakte. Und das Absinken dieser unmittelbaren Verbindungen betrifft natürlich in allergrößtem Maße die jüngere Generation. Die jüngere Generation ist relativ frei von allen möglichen Komplexen. Sie hat mit Recht kein Schuldbewußtsein wegen des Dritten Reiches, wegen des zweiten Weltkrieges oder wegen Auschwitz oder wegen des Mißerfolges der Weimarer Demokratie. Sie ist sehr unbelastet und fühlt sich auch so in aller Regel. Sie geht relativ unbefangen an das nationale Problem heran, sehr enttäuscht von den zwanzig Jahren lang wiederholten Versprechungen und Formeln, die offensichtlich – für sie offensichtlich – ohne Effekt geblieben sind. Und man soll nicht vergessen, daß dieser Generation in der Bundesrepublik jedes Jahr eine ganze Million Menschen zuwächst. Die jungen Leute fragen sich, wie lange das so weitergehen solle, so habe es doch auf die Dauer gar keinen Zweck. Vielleicht sagen sie sogar: Die Politiker reden immer dasselbe in ihren Sonntagsreden; und das mit den Brüdern und Schwestern können wir schon gar nicht mehr hören! Und dann glauben sie außerdem, daß die Politiker, wenn sie über das deutsche Problem reden, zwar eine offizielle Meinung vertreten, aber daneben eine völlig andere, private Meinung auch noch hätten; und sie glauben nicht mehr so recht an die innere Wahrhaftigkeit dessen, was ihnen vorgetragen wird.

Ich habe die große Sorge, wenn wir solchen Entwicklungen nicht mit Mut und Wahrhaftigkeit entgegentreten, daß dann eines Tages ein nicht unbedingt kleiner Teil unserer jungen Generation aus psychologischen Gründen nur zwei Möglichkeiten hat, und zwar zwei aggressive Möglichkeiten, aus ihrer gesamtdeutschen Frustration herauszukommen. Entweder können sie in die nationalistische Aggression nach rechts gehen. Es ist ja Unsinn, zu meinen, daß die jungen Wähler, die heute NPD wählen, in Wirklichkeit eine Parallele darstellen zu gewissen Ereignissen der späten Weimaraner Zeit; ich glaube, daß, was die jungen Wähler der NPD angeht, ihr Verhalten sehr weitgehend mit der Frustration wegen der Wiedervereinigungspolitik zusammenhängt, auch wenn ihnen das selbst völlig unbewußt ist.

Die andere Möglichkeit, aus der Frustration herauszukommen, ist ebenso aggressiv, nämlich die aggressive Negation aller Wiedervereinigungspolitik und die Meinung:

Laßt uns doch uns verbrüder mit dem Bezirkssekretär der SED in Rostock oder in Dresden; wenn wir den Leuten nur richtig entgegenkommen, werden wir schon gut miteinander auskommen!

Die politischen Führungsschichten der Bundesrepublik könnten insgesamt in die Gefahr kommen, bei der jüngeren Generation in Deutschland die politische Führung der Bundesrepublik insgesamt unglaubwürdig zu machen, weil man in dem wichtigen, dem für viele wichtigsten Punkt, dem Punkt der Wiedervereinigungsfrage, nicht glaubt, den politischen Führern noch glauben zu können. Wir könnten in die Gefahr kommen, daß eine allgemeine Parteien- und Demokratieverdrossenheit bei den jungen Leuten entsteht, wenn wir weiterhin ohne Distinktion, ohne Unterscheidungskraft uns darauf beschränken wollten, einfach nur bei den alten Formeln zu bleiben. Allerdings wird die Sache nicht besser dadurch, daß einige nun plötzlich eine „Stunde der Wahrheit“ ausrufen und alles in Zweifel ziehen möchten, was bisher als richtig angesehen wurde. Herr Münchmeyer hat in seinen Einleitungsworten schon auf diesen Punkt hingewiesen, mit Recht. Das Schlachten heiliger Kühe, die Beseitigung bisher tabuisierter Grundsätze nur um der Beseitigung willen ist gewiß noch kein Verdienst.

### **Zukünftige Möglichkeiten unserer Deutschlandpolitik**

Die neue Bundesregierung Kiesinger-Brandt hat in ihrer Regierungserklärung am 13. September 1966 zwar behutsam, aber doch deutlich eine realistische Analyse zugrunde gelegt und ihre Bereitschaft zu Konsequenzen öffentlich signalisiert. Die Herren Rubin, Schollwer bis hin zu Herrn Mende scheinen die Signale nicht ganz verstanden zu haben. Sie rennen immer noch gegen die alten Formeln an, und wenn dann einer von ihnen weiter geht, als die neue Regierung bisher gegangen ist, dann erheben sie selber einander gegenüber den moralischen Zeigefinger. Als Beispiel lassen Sie mich dazu Peter Bender zitieren, mit dem ich sonst nicht unbedingt übereinstimme, aus einem Aufsatz im „Monat“ vor ein paar Wochen. Da heißt es: „Der Vorwurf mangelnder Grundsatztreue bleibt eine der schärfsten Waffen ostpolitischer Auseinandersetzungen bei uns.“ Und er bildet ein Beispiel: „Als im April 1966 Erich Mende von der Möglichkeit sprach, daß die Bundesregierung sogar eines Tages mit den Machthabern in der Sowjetzone sprechen und verhandeln müsse, erklärte die CSU, Mende habe die Grundlage der gemeinsamen Deutschlandpolitik verlassen. Als wenige Tage später Strauß sagte, er könne sich unter den gegebenen voraussehbaren Umständen nicht vorstellen, daß ein gesamtdeutscher Nationalstaat wieder erstehe, kam von Mende der Vorwurf, Strauß habe das Verfassungsgebot der deutschen Wiedervereinigung mißachtet.“ Bender fährt fort: „Ein grotesker Streit: Strauß stelle die richtige Diagnose, weigerte sich aber, die Folgerung zu ziehen. Mende zog die richtige Konsequenz, bestritt aber die Voraussetzungen. Zusammengenommen gaben beide die gegenwärtige Situation in Deutschland richtig wieder. Trotzdem bekämpften sich beide mit demselben Argument, nämlich Verrat an den Prinzipien der Deutschlandpolitik.“

Nun, ich will mich hier weder mit Mende noch mit Strauß noch mit Bender solidarisieren, sondern ich will aus diesem Beispiel heraus – man kann dafür andere, aus den allerletzten Tagen, auch heranziehen; wenn Sie die Zeitungen gelesen haben, wissen Sie, was ich meine – zwei Regeln ableiten und postulieren. Ad eins: Es ist an der Zeit, über die Kernfragen der Deutschlandpolitik offen und gelassen und öffentlich zu sprechen, und zwar in beiden Teilen Deutschlands. Und zweitens: Die verantwortlichen politischen Kräfte in der Bundesrepublik, unabhängig davon, wer in der Regierung und wer in der Opposition ist, müssen danach streben, in den Lebensfragen der Nation ein hohes Maß an Gemeinsamkeit zu bewahren. Das galt vor dem Dezember 1966 als wir Sozialdemokraten noch in der Opposition waren, es gilt genauso heute, wo andere in der Opposition sind, und es wird auch morgen gelten. Da ich vom Dezember 1966 sprach, dem Datum der Großen Koalition, so möchte ich hier einen mir wesentlich scheinenden Gedanken einfügen. Die Große Koalition entsprang den unabsehbaren Notwendigkeiten, die sich aus den volkswirtschaftlichen, den finanziellen und außenpolitischen Dilemmata der Regierung Erhard/Mende ergeben hatten. Die Große Koalition wird diese Aufgaben in absehbarer Zeit lösen. Darüber hinaus sehe ich aber ihre Hauptaufgabe in der Nutzung ihrer

breiten innenpolitischen Basis für die Herstellung einer größeren Realitätsbereitschaft in der öffentlichen Meinung unseres Volkes, einer größeren Realitätsbereitschaft hinsichtlich der Deutschland- und der Außenpolitik. Wenn es der Großen Koalition nicht gelingen sollte, unbrauchbar gewordene ausgefahrene Gleise zu verlassen und neue Wege zu finden – und sie hat dafür Zeit; sie muß das nicht überstürzen –, so würde sie ihre geschichtliche Legitimation verfehlten.

Ehe wir aber fragen, was denn heute und morgen möglich sei, will ich doch drei Dinge klarstellen, die wir nach meiner Meinung nicht tun sollten: 1. Wir sollten eine völkerrechtliche Anerkennung der sogenannten DDR gegenwärtig nicht in Betracht ziehen. Von Kurt Schumacher über Heinrich Brentano bis auf den heutigen Tag gibt es für dieses Nein mehrere Gründe. Eine völkerrechtliche Anerkennung würde allüberall in der Welt das Bewußtsein von der Anomalie der deutschen Teilung verschwinden lassen. Es würde die völkerrechtliche Anerkennung zur Auflösung der Viermächteverantwortung führen, die ich zwar nicht – und in Zukunft erst recht nicht – für etwas aktiv Wirksames halten möchte, von der ich aber glaube, daß sie als Auftraggeber, als Dach, als Rahmen für spätere Dinge noch gebraucht werden wird. Eine völkerrechtliche Anerkennung würde den Verzicht auf unsere Pflicht bedeuten, daß wir die Sprecher der Interessen und der Hoffnungen der Nation zu sein haben. Und schließlich würde eine Anerkennung nicht nur das kommunistische Regime innenpolitisch außerordentlich befestigen, sondern auch die Sowjetunion darin bestärken, jenes Regime und die Teilung Deutschlands auf jeden Fall aufrechtzuerhalten. Bei alledem habe ich den menschlichen Aspekt noch gar nicht hervorgehoben, nämlich die Vernichtung von Hoffnungen vieler, vieler Millionen von Menschen, welche die Anerkennung bedeuten würde.

2. Wir sollten weder versuchen, Keile in das Paktsystem der osteuropäischen Staaten vorzutreiben noch ihre Bindungen an die Sowjetunion in Frage zu stellen noch die sogenannte DDR zu isolieren. Wir sind, so meine ich, auch an einer Selbstisolierung Ulrichts nicht interessiert. Im Gegenteil, wir sind daran interessiert, daß sich Ulrichts Politik in die auf Entspannung gerichtete Politik seiner osteuropäischen Partner einfügt. Die in diesem Frühjahr geschlossenen – ich habe sie schon erwähnt – zweiseitigen Verträge Ulrichts mit Prag und mit Warschau sind deshalb auch gar nicht unbedingt negativ zu bewerten. Sie verklammern Ostberlin mit der auf friedliche Koexistenz und gegenseitigen Austausch gerichteten Politik anderer östlicher Staaten. Und diese Staaten mögen es später gerade wegen ihrer Freundschafts- und Beistandspakte mit der sogenannten DDR eher leichter haben, zur Normalisierung mit dem Westen beizutragen, die sie im Grunde wollen. Auf die Dauer paßt ein penetranter Störenfried in Ostberlin nicht zur Außenpolitik der Tschechen und Slowaken, der Ungarn, der Bulgaren, der Jugoslawen. Er würde auf sehr lange Sicht nicht einmal mit den wohlverstandenen Interessen der Polen harmonieren. Und deshalb, denke ich, wird der eiskalte Propagandakrieg der letzten Monate aus Ostberlin nicht sehr lange andauern können, wenn wir weiterhin ernsthaft und gelassen und selbstsicher und stetig bei unserer Entspannungspolitik bleiben.

3. Wir dürfen die Sicherheit Westeuropas, die Sicherheit der Bundesrepublik und Berlins nicht gefährden. Ich glaube, daß eine wirkliche Gefährdung unserer Sicherheit eintreten würde in den 70er Jahren, wenn es zu einem Verlust der Balance der militärischen Kräfte in Europa käme. Solange die Balance der militärischen Kräfte einigermaßen und im großen und ganzen gewahrt bleibt, habe ich nicht viel Angst und Besorgnis um unsere Sicherheit. Aber die Balance der militärischen Kräfte in Europa scheint heute gefährdet zu werden durch die in mehreren westlichen Staaten sehr deutlichen Tendenzen zum einseitigen Truppenabzug aus Europa. Und es ist Wunschdenken, wenn man in solchen Staaten so tut und so redet, als ob die Fähigkeit, konventionelle Truppen in Europa zu massieren, in Zukunft im nuklearen Zeitalter außenpolitisch keine Wirkung mehr habe. Ich glaube, daß konventionelle Truppenmassierungen nach wie vor, insbesondere wenn auf beiden Seiten nukleare Staaten involviert sind, die Angst haben müssen vor einem nuklearen Engagement, in höherem Maße als im 50er Jahrzehnt eine Rolle in der Außenpolitik spielen werden, ob uns das recht ist oder unbequem. Sie werden um so mehr eine Rolle spielen, um so weniger man sich gegenseitig glaubhaft mit atomaren Waffen drohen kann, weil man eben gegenseitig atomar bewaffnet ist. Ich glaube nicht, so sehr ein

großer Airlift technisch und militärisch durchführbar wäre, daß er politisch ein Ersatz sein könnte für einseitig abgezogene Truppen. Denn es würde mir zum Beispiel schwierig scheinen – wenn man sich in die Lage eines amerikanischen Präsidenten versetze –, die dramatische Geste vorzunehmen, die zweifellos psychologische und politische Eskalation auslösen muß, im Stadium der Krise Verschiffungen zur Luft oder zur See großer amerikanischer Truppenkontingente über den Atlantik in Richtung Europa anzuordnen. Einseitiger Truppenabzug, das heißt nur auf westlicher Seite erfolgend, bedeutet Gefährdung, beschleunigt den Zerfallsprozeß des westlichen Bündnisses aus psychologischen und politischen Gründen und eröffnet eine Chance für die Erhöhung des sowjetischen Drucks auf Westeuropa und auf Berlin. Im übrigen kann – auch das sollte man mit sehen – ein zu weit gehender amerikanischer und englischer Rückzug, vor allem, wenn er kombiniert wäre mit einem Abzug der französischen Truppen, in Osteuropa gedeutet – und vielleicht nicht einmal mißdeutet – werden als ein Verlust an Kontrolle über die Bundesrepublik und insofern als eine echte Gefährdung der Situation analysiert werden. Man muß sich ja immer auch in die Schuhe der anderen versetzen und auch aus ihrer Interessenslage heraus die Dinge sehen.

Im Zusammenhang mit den Gefährdungen will ich einen weiteren Gedanken doch auch noch aussprechen, weil er uns Deutsche ebenso angeht wie manche anderen. Eine denkbare Gefährdung der europäischen Sicherheit sehe ich darin, daß Regierungen und die öffentlichen Meinungen ihre eigenen Sicherheitsnotwendigkeiten überschätzen. Meistens sind wir, die wir uns mit Problemen der militärischen Strategie befassen, und sind Berufssoldaten insbesondere, damit beschäftigt, den Leuten klarzumachen, daß sie die Gefährdung ihrer Sicherheit unterschätzen. Ich glaube, es liegt auch eine große Gefahr darin, wenn man sie überschätzt. Sowohl Warschau als zum Beispiel auch Ostberlin als auch zu gewissen Zeiten der letzten Jahrzehnte wir in der Bundesrepublik neigen oder haben geneigt zu einer Maximierung unserer Gefährdung und infolgedessen zu einer Maximierung dessen, was man braucht, um der Gefährdung der Sicherheit entgegenzutreten.

Nach diesen negativen Bemerkungen zu dem, was wir nicht tun müssen, lassen Sie mich sagen, was wir wirklich tun können und tun müssen. Ein Freund von mir, der französische General Andre Beaufre, hat die Frage jüngst in einer Weise beantwortet, die ich hier gern zitieren möchte. Er hat zunächst die bekannte französische These vorgebracht, Gesamteuropa müsse wieder zu einer Einheit zusammenwachsen, einschließlich Rumäniens, Polens, der Tschechoslowakei und so fort, zu einer Einheit, die groß genug sei, um in sich selbst eben auch ein großes Deutschland ausbalancieren zu können, und daß dafür eine große Zeit der Evolution notwendig sei. Und dann fragt er: Wie kann man diese langfristige Perspektive einer europäisch-politischen Entwicklung zum Wiederzusammenwachsen Europas auf einen Nenner bringen mit der Notwendigkeit, während dieses Prozesses die Sicherheit aufrechtzuerhalten, insbesondere die Sicherheit Westeuropas? Er gibt dann selbst die Antwort: Die Bündnisse dürfen eben diesen Entspannungsprozeß nicht behindern. Sie dürfen nicht zur Bremse der Evolution werden. Sie dürfen insbesondere der jeweils anderen Seite sich nicht darstellen als angriffslüsterne Kriegsmaschinen. Die Aufgabe der Bündnisse sei vielmehr, Garantien zu geben gegen jede ernsthafte, gewaltsame Störung, aber auch gegen jede etwaige Umkehrung des Evolutionstrends. Gleichwohl dürfe die Entspannung die Glaubwürdigkeit des strategischen Schutzes nicht gefährden. Wohl aber sei beiderseitige Entschärfung und Verringerung des Aufmarsches – beiderseitige Verringerung des Aufmarsches! – möglich und nützlich. Ich glaube, daß dies alles richtig ist. Es ist nicht nur dieser eine Franzose, der das sagt, sondern es gibt viele in Europa, die ähnliche Gedanken im Laufe der letzten zehn oder zwölf Jahre immer wieder ventilert haben. Wenn man ins Militärische übersetzt, was Beaufre sagt, dann heißt es: Der Versuch, das Gleichgewicht der Kräfte global aufrechtzuerhalten, ist Sache der Vereinigten Staaten und ihrer Nuklearmacht. Aber der Versuch, das Gleichgewicht der Kräfte eben auch hier in Europa aufrechtzuerhalten, gelingt nur, wenn ein Gleichgewicht des Engagements der beiden Supermächte in Europa bestehen bleibt. Im übrigen soll man aber von den hohen Ebenen der Rüstung und von den hohen Ebenen des Aufmarsches, auf bei-

den Seiten gleichmäßig, herunterzukommen trachten auf niedrigere Ebenen der Rüstung. Das muß nicht unbedingt durch Rüstungskontrollvereinbarungen geschehen; da gibt es vielerlei denkbare Prozesse. Militärisch gesprochen heißt das auch: Verringerung des heute weitgehend gegebenen Zwanges zur Automatik nuklearer Reaktionen im Kriegsfall. Ich weiß genau, daß ich mich damit in einem ziemlichen Gegensatz befinden zu den bisherigen Doktrinen der früheren deutschen Außen- und Verteidigungspolitik. Ich formuliere alles in einem einzigen Satze und sage: Die Bundesrepublik Deutschland muß sich in die Spitzengruppe der Entspannungspolitik in Europa begeben, sie muß darin bleiben und darf auch die sogenannte DDR davon nicht aussparen.

Lassen Sie mich diesen letzten halben Satz noch erläutern. Sicherlich wird es bei dem Willen bleiben, keine völkerrechtliche Anerkennung auszusprechen. Ich habe das schon berührt. Wohl aber könnte es nützlich sein – und ich könnte mir vorstellen, daß die neue Regierung dies auch tun wird –, die Regierung in Ostberlin und das Regime dort nicht nur einmal im Laufe von zehn Jahren – siehe Redneraustausch –, sondern viele Male im Laufe eines Jahres vor konkrete Fragen und Vorschläge zu stellen, Fragen, die nicht von der Wiedervereinigung in einem Zuge reden, sondern Fragen, die, sagen wir, von der Brücke über die Saale handeln oder von der Öffnung eines Zonenübergangs oder von Problemen ähnlicher oder nächsthöherer Größenordnungen. Wenn man das viermal oder fünfmal macht in einem Jahr, dann kann Herr Ulbricht oder Herr Honneger vielleicht es sich vier- oder fünfmal leisten, nein zu sagen. Beim sechstenmal wird dies für ihn nur noch sehr schwer möglich sein. Man muß sie halt nur viele Male vor solche Fragen stellen, wie sie nicht nur unserem Volke hier in Westdeutschland und in der sogenannten DDR, sondern wie sie der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt vernünftig erscheinen, weil sie konkret und begrenzt und realistisch sind. Es kann sich auf solche Fragen und Vorschläge hin nicht jemand leisten, dauernd nur nein zu sagen, wenn er sich nicht selbst völlig isolieren will.

### **Zusammenfassung und Präzisierung**

1. Die Wiedervereinigung scheint auf absehbare Zeit nicht möglich. Dies ist kein Grund, sie als das wichtigste langfristige Ziel unserer Politik aufzugeben. Wir müssen jedoch wissen, daß Wiedervereinigung in einem einzigen Akt, verbunden mit einer Friedensregelung für Deutschland, immer unwahrscheinlicher wird.
2. Wir müssen bereit sein, dieses große ferne Ziel fixierend, im Auge behaltend, Schritte zur Vorbereitung der Annäherung an dieses Ziel zu gehen, obgleich die weiteren Stationen dieses Weges im einzelnen nicht vorherberechnet werden können. Der Versuch, etwa eine vollständige Prozedur von Schritten vertraglich zu vereinbaren, bei welcher der erste Schritt nur im Hinblick auf den schon vereinbarten letzten Schritt am Ende der Leiter getan würde, ist heute und auf absehbare Zeit ein irrealer Versuch.
3. Wenn wir das Feld vorbereiten wollen und wenn wir nicht wollen, daß die Nation sich völlig auseinanderlebt, dann bedarf es der Entspannung, der Normalisierung und Versöhnung innerhalb Europas als Ganzem, das heißt sowohl im Osten und im Westen als auch zwischen beiden Teilen Europas. Diese Aufgabe obliegt vornehmlich den europäischen Staaten und ihren Regierungen, von den beiden militärischen Paktsystemen ist sie im Augenblick nicht zu erwarten. Sie liegt im wohlverstandenen Interesse aller europäischen Völker und Staaten. Eine Regierung, die sich diesem allgemeinen Interesse verschließt, läuft Gefahr, ihren eigenen Staat zu isolieren.
4. Deutsche Entspannungspolitik entspricht der Identität der Forderungen, die sich ergeben aus dem sittlich Gebotenen sowohl als auch sich ergeben aus dem politisch Notwendigen. Sie trägt ihren Wert in sich selbst, und zugleich bietet sie für die überschaubare Zukunft die einzige Möglichkeit, den deutschen Anspruch auf nationale Einheit gegenüber allen Nachbarvölkern zu legitimieren und diesen Anspruch den Nachbarvölkern erträglich zu machen. Entspannungspolitik im weitesten Sinne auch gegenüber dem anderen Teil Deutschlands ist die einzige Politik, die uns auf die Dauer außenpolitischen Spielraum und Handlungsräume zu schaffen vermag. Sie ist tatsächlich zugleich eine Politik der moralischen Stärke.

5. Das Ziel der Entspannungspolitik ist die Herstellung einer europäischen Friedensordnung, die von allen Beteiligten als dauerhaft, als zuverlässig empfunden und dergestalt zur Grundlage der weiteren Normalisierung der mitteleuropäischen Situation gemacht werden kann. Ihre hauptsächlichen Komponenten sind:
- a) bei Aufrechterhaltung des militärischen Gleichgewichts das Angebot des Abbaus der Rüstungsniveaus in Ost- und Westeuropa und der Zahl der fremden Stationierungstruppen auf beiden Seiten.
  - b) Das Angebot des Verzichts der mitteleuropäischen Staaten auf nationale Verfügungsgewalt oder Mitverfügung über nukleare Waffen.
  - c) Das Angebot gegenseitiger Kontrolle über die zu verabredenden militärischen Beschränkungen.
  - d) Sodann Angebot allseits ausgesprochener völkerrechtlicher Verzichte auf Gewaltanwendung. Mir scheint, daß diese Komponente relativ bald aktueller Bestandteil der deutschen Außenpolitik sein wird; die vorige Regierung hatte ja schon einen bemerkenswerten Anfang gesetzt, genau vor einem Jahr in der Friedensnote. Angebot allseits ausgesprochener völkerrechtlicher Verzichte auf Gewaltanwendung, insbesondere hinsichtlich aller gegenwärtigen Grenzen und Demarkationslinien. Und von diesem System der gegenseitig ausgesprochenen Verzichte auf Gewalt dürfen keinerlei Gebiete oder Gebietsteile Zentraleuropas ausgeklammert bleiben.
  - e) Diplomatische Beziehungen zu allen Staaten Osteuropas ohne irgendwelche gegenseitigen Bedingungen.
  - f) Bereitschaft zur bilateralen und zur multilateralen Vervielfältigung eines kontinuierlichen technischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen Austausches und Verkehrs, jenseits von politischen Bedingungen, aber unter Einfluß auch des anderen deutschen Teiles.
6. Wir können – ich sagte es schon, ich wiederhole es – weder die sogenannte DDR als Ausland noch können wir Einschränkungen der Menschen- und Grundrechte in Deutschland anerkennen. Diese fundamentalen Grundsätze müssen uns jedoch nicht hindern, alle Möglichkeiten für ein zeitlich begrenztes geregeltes Nebeneinander, für einen Modus vivendi in Deutschland zu prüfen und auszuloten. Die Aufrechterhaltung der Einheit der Nation darf nicht den Bürokraten und Juristen auf beiden Seiten zum Opfer fallen. Wenn die andere Seite versucht, das Bewußtsein von einem „Volk der DDR“ zu schaffen – so nennen sie es ja –, so müssen wir immer wieder neue Vorschläge machen, die zugleich dem beiderseitigen gegenwärtigen Interesse dienen und der Aufrechterhaltung und der Erleichterung der Verbindungen unter den Deutschen. Je mehr – ich sagte es – solche Vorschläge dem gesunden Menschenverstand entsprechen, je mehr sie auf Propaganda verzichten, je mehr sie nicht nur den Demokraten, sondern auch den Kommunisten einleuchten – in Moskau und in Prag und in Budapest und in Rom und in Paris –, um so weniger wird sich Ostberlin solchen Vorschlägen auf die Dauer verschließen können. Solche Vorschläge können sich auf vielerlei Gebiete erstrecken:
- a) Gemeinsamer Ausbau oder Herstellung neuer Verkehrsverbindungen, Brücken, Autobahnen, Wasserstraßen, Eisenbahn-, Luft-, Post- und Telefon-Verkehr. Es müssen dies nicht immer alles große Pakete sein, wenn man will, daß es realistisch und überzeugend ist.
  - b) Erleichterung des Zahlungsverkehrs, innerdeutsches Clearing-System, Bereitstellung von Reisezahlungsmitteln,
  - c) Ausweitung und Erleichterung des innerdeutschen Handels, staatliche Bürgschaftssysteme. Verzicht auf gewisse Widerrufs-Klauseln; Angebot einer ständigen innerdeutschen Handelskommission,
  - d) Austausch zwischen den beiderseitigen Energiemärkten, Herstellung einer rationalen Elektrizitäts-Verbundwirtschaft;
  - e) Rahmenvereinbarungen für wissenschaftlichen, kulturellen, technischen Austausch.
  - f) Später vielleicht einmal die Erörterung einer deutschen Wirtschaftsgemeinschaft.
  - g) Sodann Vorschläge für die staatsbürgerliche Gleichstellung aller Deutschen, unbeschadet ihres jeweiligen Aufenthalts oder Lebensortes, etwa nach dem

Vorbild der englisch-irischen Klauseln (wonach ein Staatsangehöriger des Irischen Freistaates auf englischem Boden wie ein Engländer behandelt wird und umgekehrt ein Nordire auf dem Boden des Irischen Freistaates so behandelt wird, als ob er Angehöriger des Irischen Freistaates sei); und Herausnahme der jeweils im anderen Teil Lebenden aus den Strafvorschriften des eigenen Staatsschutzrechtes, soweit Handlungen außerhalb des eigenen Territoriums zur Rede stehen.

h) Vorschläge zur schrittweisen Herstellung freien Bezuges von Zeitungen und Büchern.

i) Und ganz gewiß nicht zuletzt: Vorschläge für die Entwicklung eines normalen Personen- und Reiseverkehrs.

Alles das ist zu erwägen. Ich sehe nicht, warum man über alles das nicht sollte öffentlich miteinander reden hier in der Bundesrepublik. Es muß ja keineswegs alles richtig sein, und es kann keineswegs alles in einem Jahr in Betracht gezogen werden. Ich meine, Vorschläge solcher Art und Verhandlungen darüber müssen auf jeden Fall davon ausgehen, daß keine Seite der anderen eine Anerkennung der von ihr selbst behaupteten völkerrechtlichen Position zumutet. Wir können etwaige Mißverständnisse darüber durch eine generelle, allen auf der Welt in Betracht kommenden Dritten zu notifizierende Klarstellung ausschließen. Anerkennung ist etwas, das wir wollen müssen; wenn wir es nicht wollen, kann es niemand erschleichen, auch kann niemand diesen Akt ersetztweise vornehmen. Unter dieser Voraussetzung haben wir keinen Grund, den je nach Umfang und Bedeutung des Verhandlungsgegenstandes notwendigen Rang oder das notwendige Gewicht der Verhandlungspartner etwa zu einer Rechts- oder Prestigefrage zu machen.

7. Nächst den innerdeutschen Beziehungen ist unser Verhältnis zu Polen und zur CSSR von ausschlaggebender Bedeutung für die innereuropäische Entspannung. Wir anerkennen den Anspruch beider Völker auf gesicherte Staatsgrenzen. Ich füge dreierlei hinzu:

a) Die Nichtigkeitserklärung des Münchener Abkommens durch die Bundesregierung der Großen Koalition hat im Verhältnis zur CSSR eine entscheidende Voraussetzung geschaffen. Wenn bei der Herstellung diplomatischer Beziehungen mit Prag die Staatsangehörigkeits- und Vermögenserstattungsprobleme, die seit 1938 entstanden sind, im beiderseitigen Einvernehmen ausgeklammert und späterer Regelung vorbehalten bleiben, so wird die heute von Prag aufgeworfene Frage der ex tunc- oder ex nunc-Nichtigkeit des Münchener Abkommens ihres politischen Gewichts entkleidet und kann eigentlich dann den Historikern überlassen bleiben.

b) Zum anderen, was Polen angeht: Die gegenwärtige Oder-Neiße-Linie beruht nächst Potsdam auf Abmachungen zwischen Warschau und Ostberlin. Wer eine allgemeine völkerrechtliche Regulierung der deutschpolnischen Grenze und wer deren Anerkennung durch alle Deutschen wünscht, muß die deutsche Nation als Ganzes als Partner voraussetzen. Unabhängig davon wissen wir, daß das Problem der verlorenen deutschen Gebiete im Osten ohne Zweifel geringeres Gewicht hat – und ich denke: jedenfalls haben muß! – als die Frage nach der Wiederherstellung einer staatlichen Einheit der Nation. Wir wissen und sollten den Blick nicht davor verschließen, daß keine Regierung in Europa davon ausgeht, für den Fall eines Friedensvertrages unsere Hoffnungen bezüglich der Grenzen besonders unterstützen zu können. Die Herstellung diplomatischer, normaler und schließlich ausgesöhnter Beziehungen zwischen Deutschen und Polen bleibt eine der schwierigsten und zugleich einer der wichtigsten internationalen Aufgaben unseres Volkes. Wir haben damit kaum noch richtig angefangen.

c) Ich will drittens hinzufügen: Wir können das Recht der Menschen, in ihrer Heimat zu leben, nicht fallenlassen. Wir müssen aber wissen, daß das Recht auf Heimat ohne eine europäische Friedensordnung keine allgemeine Anerkennung finden wird.

8. Letzter Punkt: Wir wissen, daß es jenseits aller kommunistischen Propaganda in unseren Nachbarvölkern tatsächlich Furcht vor Deutschen gibt. Wir müssen diese

Furcht überwinden helfen. Wir können durch manch unbedachtes Wort, durch manch unbedachten Akt diese Furcht steigern. Wir können aber auch helfen, sie zu überwinden. Wir müssen unsere Bereitschaft zu erkennen geben, an einer europäischen Sicherheitskonferenz teilzunehmen – wobei wir unterstellen, daß die semi-europäischen Supermächte, wie ich sie genannt habe, beide beteiligt sind – und dafür materielle Vorschläge vorzubereiten.

Ich bin mir bewußt, Ihre Aufmerksamkeit sehr lange in Anspruch genommen zu haben. Lassen Sie mich mit zwei ganz persönlichen Bemerkungen schließen, meine Damen und Herren. Ich habe hier nicht für meine Partei oder Fraktion gesprochen, sondern nur für meine eigene Person. Ich habe kein Rezept für die Wiedervereinigung Deutschlands, und ich denke, wer im gegenwärtigen Zeitpunkt eines anbietet, wäre wohl nicht ernst zu nehmen. Aber ich denke, Sie haben gespürt, daß ich immer noch für möglich halte, das deutsche Volk eines Tages in ein gemeinsames Haus zurückzuführen, zusammenzuführen. Freilich ist bis dahin ein langer und noch ungewisser Weg. Ich möchte deswegen nicht für einen deutschen Nationalisten mißverstanden werden. Ich weiß, daß Freiheit und Menschenrechte insgesamt höher stehen als Nation und Vaterland. Trotzdem bin ich altmodisch genug, in meiner eigenen Rangordnung politisch-sittlicher Werte der Nation noch immer einen sehr hohen Rang zu geben. Und ich denke, es sollte deswegen niemand im Ausland unsereinen als verdächtig ansehen.

Und die andere persönliche Bemerkung: Die Deutschlandpolitik – so sagte ich – verlangt nach offener und öffentlicher, nach sachlicher und unvoreingenommener Diskussion. Wir sind hier in Hamburg. Die Hamburger können sachlich und unvoreingenommen und distanziert politisch denken und diskutieren. Sie sollten es – vielleicht gerade, was dies Thema angeht, von dem heute abend die Rede ist – noch intensiver tun als bisher. Immer noch, meine ich, ist es richtig zu sagen, daß der hamburgische Beitrag der deutschen Politik guttäte.

Ich bedanke mich für Ihre liebenswürdige Aufmerksamkeit.

